

Dem Spardiktat etwas entgegensetzen – Vermögende fair besteuern. In die Zukunft und den sozialen Zusammenhalt investieren.

Wenn das Sparen zum Fetisch wird

„Hamburg muss sparen“. So das Mantra des Rot-Grünen Senats. Und dieses Mantra wird, allen äußeren Umständen zum Trotz beibehalten. Auch wenn Steuereinnahmen über den vormaligen Schätzungen liegen – das Sparen wird zum Fetisch.

DIE LINKE widersetzt sich diesem Spardiktat. Aus sozialen Gründen, aus ökologischen Gründen aber auch aus Gründen der wirtschaftlichen Stabilität. Wer am falschen Ende spart, steht auch finanziell bald schlechter da.

Zum kommenden Haushalt 2023/24 erwartet Hamburg ein nie dagewesener Kürzungshammer. Denn es kommen gleich mehrere Faktoren zusammen. Aufgrund der Regelung der Schuldenbremse wurde das Neuverschuldungsverbot lediglich ausgesetzt, aber nicht abgeschafft. Die Folge ist, dass zum einen die Corona-Sondermittel ab 2024 in den kommenden 20 Jahren zurückgezahlt werden müssen und zum anderen die sogenannte „Konjunkturkomponente“ gefüllt werden muss. Und das, obwohl die Corona-Krise Spuren im gesamten Haushalt hinterlassen wird.

Werden große Vermögen und übergroße Einkommen weiterhin nicht an den Corona-Krisenkosten beteiligt, werden GeringverdienerInnen und TransferleistungsbezieherInnen besonders stark belastet. Gleichzeitig fehlt der öffentlichen Hand Geld, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, um Bildung und Nahverkehr zu fördern und Hamburg zukunftsfest zu machen.

Doch es geht auch anders – aber nur wenn es Konzernen und der Rüstung dient?

Während der letzten beiden Jahre hat sich auch in Hamburg gezeigt, dass die Stadt durchaus in der Lage ist, Geld aufzubringen und zu investieren, wenn der politische Wille da ist. Es ist also kein Naturgesetz, dass notwendige Ausgaben und Investitionen unterlassen werden, sondern eine politische Entscheidung.

Ebenso ist es eine politische Entscheidung, diejenigen mit hohen Einkommen und Vermögen zu privilegieren und denen die nichts oder wenig haben nicht mal einen Inflationsausgleich zukommen zu lassen, ihre Einkommen also zu mindern.

Wie schnell alle Beteuerungen zur „schwarzen Null“ vergessen sind, zeigt die Debatte um das „Sondervermögen Rüstung“ mit einer Summe von 100mrd Euro im Bund.

Dafür soll im Schnelldurchlauf eine Sonderregelung ins Grundgesetz, die die eigentliche Schuldenbremse außer Kraft setzt.

Ja, für DIE LINKE ist es richtig die Schuldenbremse im Bund wie auch in Hamburg außer Kraft zu setzen und dafür das Grundgesetz wie auch die Hamburgische Verfassung zu ändern. Aber nicht für Aufrüstung. Selbst wenn es darum geht, dem Krieg gegen die Ukraine zu begegnen, ist die Beendigung der Abhängigkeit von fossilen Energien, vor allem Öl und Gas die auch aus autokratischen Regimen importiert werden müssen, das vorrangige Ziel.

Eine soziale, ökologische und ökonomisch nachhaltige Finanzpolitik muss in die Zukunft und in den sozialen Zusammenhalt investieren. Wenn Teilhabechancen aller Menschen an der Gesellschaft fehlen, werden die Kosten der zukünftigen Generation aufgebürdet.

Der Sparhammer trifft Hamburg hart.

Wer am sozialen Zusammenhalt spart, legt die Axt an die Grundfesten unserer Gesellschaft an. Doch genau diesen Weg geht Hamburgs Rot-Grüner Senat weiterhin. Und das spürt man. Während großen Unternehmen wie Hapag Lloyd oder der Kreuzfahrtrieme AIDA Cruises, der wie selbstverständlich zur Steuervermeidung seine Schiffe ausflaggt, auch noch Millionensubventionen erhalten, wird das Schulesen für Hamburgs SchülerInnen spürbar teurer. Statt wie bisher 665 Euro kostet Schulesen 95 Euro mehr im Jahr – eine Verteuerung um 14%.

28.03.2022

Während die Obdachlosigkeit unverändert hoch bleibt, die Zahl von Drogentoten neue Höchstwerte erreicht, wird genau dort in Hamburg weiter gespart.

Mit dem Euphemismus „globale Minderkosten“ werden die Behörden der Stadt dazu verdonnert, selbst die von der Bürgerschaft veranschlagten Ausgaben nicht zu tätigen. Das bedeutet, dass Stellen, die eigentlich gebraucht werden, einfach nicht besetzt werden. Oft bedeutet das, dass der Mangel an ErzieherInnen noch vergrößert wird. Besonders hart wird dies den Bereich der Sozialbehörde. Von den eigentlich beschlossenen Ausgaben sollten 2021 88 Millionen Euro – trotz Bedarfs – nicht ausgegeben werden. Im Jahr 2023 soll dieser Wert auf etwa 175 Millionen Euro steigen. Gerade dieser größte Hamburger Einzelhaushalt besteht zum allergrößten Teil aus gesetzlichen (Transfer-)leistungen wie der Sozialhilfe, die Hamburg auszahlen muss, quasi nur ein "Durchlaufposten". Kürzungen sind also fast ausschließlich in den sonstigen Bereichen möglich. Was das für die ohnehin schon stark ausgedünnte Hamburger Soziale Infrastruktur bedeutet, kann man an jüngsten Kürzungsentscheidungen des Senats erahnen.

Große Vermögen und Konzerne werden verschont.

Das Geld wäre da. Würden alleine die Milliardengewinne von Hapag Lloyd genauso besteuert wie bei KleinunternehmerInnen und dem Mittelstand, hätte Hamburg hunderte Millionen Euro mehr zur Verfügung.

Während KäuferInnen von kleinen Eigentumswohnungen den vollen Satz bei der Grunderwerbsteuer zahlen müssen, zahlen Immobilienkonzerne wie Vonovia, Deutsche Wohnen oder die Adler Group, die mit dem Holstenareal spekuliert, für den Erwerb von hunderten und tausenden von Wohnungen gar nichts – weil der Staat den Immobilienkauf bei „Share Deals“ von der Grunderwerbsteuer freistellt. Auch hier verliert die Stadt hunderte Millionen Euro an Steuern. Und immer noch leistet sich Deutschland eine der niedrigsten Körperschaftsteuern bundesweit. Damit ist Deutschland eines der Länder in denen Arbeit viel höher besteuert wird als Kapitalerträge. Es ist kein Naturgesetz, dass dies so bleibt. Es sind politische Entscheidungen.

Was DIE LINKE dem Spardiktat entgegenstellt

Wir fordern von der Ampel im Bund wie auch dem Rot-Grünen Senat:

- Vermögende zur Kasse durch eine angemessene Besteuerung von Vermögen, einer angemessenen Besteuerung von Konzerngewinnen und Immobiliendeals
- Ausbau erneuerbarer Energien
- Abschaffung der Schuldenbremsen im Bund wie auch in der Hamburgischen Verfassung
- Verbesserung des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs und dauerhafte Senkung der Preise im HVV
- mehr Mittel für den sozialen Zusammenhalt
- mehr Mittel für die Bildung von der Krippe bis zur Hochschule und der Erwachsenenbildung
- angemessene Tarifabschlüsse über der Inflationsrate im öffentlichen Dienst

Das Geld ist da. Es haben nur die Falschen.